

betrug Ende 1984 41,5 Prozent (1961: 50,5 Prozent), bei den deutschen Staatsangehörigen 44,7 Prozent (1961: 51,1 Prozent).

Legt man die Zahlen der neuesten EKD-Statistik neben die Ergebnisse der 1982 durchgeführten und zwei Jahre später veröffentlichten *EKD-Umfrage über Kirchenmitgliedschaft* (vgl. HK, Oktober 1984, 448–450), so läßt sich unschwer feststellen, daß sich Repräsentativumfrage und Statistik *in vieler Hinsicht gegenseitig bestätigen*. Das zeigt sich etwa beim Stellenwert von Taufe und Konfirmation: Hatten bei der Umfrage auf die Frage, was unbedingt zum Evangelisch-Sein gehöre, 85 Prozent die Taufe und 80 Prozent die Konfirmation genannt, so zeigt die Statistik, daß dieser Einschätzung die Praxis entspricht: Nach wie vor werden fast alle Kinder evangelischer Eltern getauft und fast alle 14-jährigen Protestanten konfirmiert. Das Nord-Süd-Gefälle beim Gottesdienstbesuch, das die Statistik dokumentiert, läßt sich

auch durch die Repräsentativumfrage belegen. Subjektive Einschätzung der Befragten und statistisch ermittelte Wirklichkeit liegen nicht zuletzt beim Punkt Mitarbeit in der Gemeinde nahe beieinander: Bei der Umfrage gaben 9 Prozent der Befragten an, in Chören, Gruppen und Kreisen mitzutun; nach der Statistik gab es 1984 in den Gliedkirchen der EKD etwa 129 000 ständige Kreise der Kirchengemeinden (Bibelkreise, Kinder- und Jugendkreise, Altenkreise, Kirchen- und Posaunenchor usw.) mit durchschnittlich rd. 2,3 Millionen Teilnehmern, was knapp 10 Prozent der evangelischen Kirchenmitglieder bedeutet.

Umfrage und Statistik machen also gleichermaßen deutlich: Die evangelische Kirche in der Bundesrepublik erreicht (bei beträchtlichen regionalen Unterschieden) im Gottesdienst und in Gemeindeveranstaltungen nur einen sehr geringen Teil ihrer getauften und konfirmierten Mitglieder. Auf diesem Hintergrund ist es nur zu ver-

ständiglich, daß seit einigen Jahren etwa in der VELKD und nicht zuletzt auch in der nordelbischen Landeskirchen intensiv über Möglichkeiten des missionarischen Gemeindeaufbaus nachgedacht wird und teilweise neue Wege erprobt werden, um distanzierte Kirchenmitglieder wieder mit der Kirche und ihrer Botschaft in Kontakt zu bringen.

Das Thema „neue Evangelisierung“ ist auch in der katholischen Kirche der Bundesrepublik an den verschiedensten Stellen auf der Tagesordnung. Das für eine realistische Situations- und Trendanalyse erforderliche Material steht allerdings auf katholischer Seite nicht im selben Umfang zur Verfügung wie auf evangelischer: Es gibt leider immer noch kein katholisches Pendant zur EKD-Statistik, also ein jährlich der Öffentlichkeit zugänglich gemachtes Zahlenwerk, das Auskunft über das kirchliche Leben in den bundesdeutschen Diözesen geben würde. Es müßte eigentlich zu schaffen sein. U. R.

Koexistenz statt Getto?

Castro und die Kirche in Kuba

Zwei für die Kirche in Kuba spektakuläre Ereignisse haben in jüngster Zeit den Eindruck erweckt, die seit mehr als 25 Jahren isolierte und um ihre Existenz kämpfende Kirche sei zu neuem Leben erwacht und überdies gesellschaftsfähig geworden. Gesellschaftsfähig in dem von Moskau abhängigen marxistisch-leninistischen Revolutionsregime Fidel Castros, das die Kirche in den vergangenen Jahrzehnten zwar nicht verfolgt, aber mit wirksamen restriktiven Diskriminierungsmaßnahmen an den Rand der kubanischen Gesellschaft und in die Sakristeien zurückgedrängt hat.

Die Ereignisse, um die es geht: In Kuba und Brasilien gleichzeitig erschien (im November 1985) das Buch „Fidel und die Religion“ – Gespräche des brasilianischen Dominikanerbruders *Alberto Libanio* (Frei Betto genannt) mit Präsident Castro; Mitte Februar (17. bis 23.) veranstaltet die katholische Kirche Kubas – Bischöfe, Priester und Laien – ihren ersten „Nationalkongreß“. Beide sind zu Recht als sichtbare Anzeichen für eine in diesem Schrittempo unerwartete Annäherung von Kirche und Regime gewertet worden. Für welche innergesell-

schaftliche Entwicklungen die beiden Ereignisse stehen, ist die eigentliche Frage hinter den jüngsten Vorgängen. Ob Klimawechsel über Nacht, ob kluge Inszenierung oder substantieller Aufbruch, zwischen Kirche und Regime in Kuba ist mehr in Bewegung geraten, als viele auch auf dem Hintergrund zu Bürgerkriegen entarteter ideologischer und machtpolitischer Auseinandersetzungen gerade im Kuba benachbarten Mittelamerika für möglich hielten.

Markierung eines längeren Prozesses

Der „Nationalkongreß“ der kubanischen Kirche markierte einen jahrelangen Prozeß, in dem die Kirche sich unter großen Anstrengungen aus einer Haltung der Resignation zu lösen versuchte (vgl. HK, Mai 1982, 247 ff.). In der langen Phase aufgezwungener Privatisierung des Glaubenslebens sei zum Schaden der Kirche „ständig zurückgeblättert“ worden in die Zeit der kirchenfeindlichen Maßnahmen des neuen revolutionären Regimes

(1960/61), urteilte der Sekretär der kubanischen Bischofskonferenz, *Carlos Manuel de Céspedes*, vor sechs Jahren. „Beide Seiten müssen umblättern und neu anfangen. Ich weiß nicht, ob der Mut dazu bei beiden vorhanden ist“ (Vida Nueva, 17. 11. 79).

Der Mut wuchs in den letzten Jahren – auf beiden Seiten. Ungeachtet ihrer systematischen und subtilen Diskriminierung in fast allen gesellschaftlichen Bereichen zeigte die Kirche ihre Bereitschaft zu sozialem Engagement – dort, wo man sie ließ, in der Altenpflege zum Beispiel, oder indem die Seminaristen sich an Ernteeinsätzen beteiligten.

Sie intensivierte die Kontakte mit anderen Ortskirchen, vor allem in Lateinamerika, und mußte, etwa bei der Bischofsversammlung in Puebla 1979, feststellen, daß ihre singulären Probleme auch eigener Lösungen bedürfen. Die Initiativen in der personell geschwächten kubanischen Kirche dazu wuchsen langsam. Es waren die Bischöfe, die dem Kirchenvolk – eine eingeschüchterte Minderheit ohne die Möglichkeit und die Kraft zur Selbstbehauptung – den Weg aus dem nationalen und gesellschaftlichen Nischendasein zu bahnen versuchten. Bereits 1981 schrieb *René David*, Professor am Priesterseminar San Carlos von Havanna, über eine der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung entsprechende „Theologie und Pastoral der Versöhnung“, die ohne beschönigende Glättungen der kubanischen Realität einen Prozeß der Annäherung in Gang setzen könnte:

„Die Theologie der Befreiung geht aus von einer Situation der Ungerechtigkeit und Ungleichheit, menschenunwürdiger sozio-ökonomischer Bedingungen und institutionalisierter Gewalt seitens der politischen und wirtschaftlichen Macht – eine Erfahrung, die dem Evangelium und dem Glauben an den befreienden Christus widerspricht. Die Situation in Kuba ist eine andere. Die Revolution hat das Privateigentum abgeschafft, die Produktionsmittel und sogar die Verteilung der Güter verstaatlicht. Um mehr soziale Chancengleichheit zu erreichen, bietet das Regime dem Volk kostenlose Schulen, medizinische Versorgung und insgesamt einen einfachen gesellschaftlichen Status und einen bescheidenen Lebensstandard, in dem ein gläubiger Christ die Tugend evangelischer Armut zum Gedeihen bringen kann.

Es ist offensichtlich, daß unser Regime – eine Diktatur des Proletariats – nicht das wünschenswerte Maß an Freiheit bietet noch das heikle Gleichgewicht zwischen Gleichheit und Freiheit verwirklicht hat, das eine echte Brüderlichkeit auszeichnet. Schmerzlich ist jedoch für einen Christen, der aus dem Glauben an einen Gott der Versöhnung lebt, die historisch gewachsene Situation der Feindseligkeit, des Unverständnisses und gegenseitiger Verurteilung, das sich in gegenseitigem Mißtrauen fortsetzt, in Pressionen gegen den Glauben auf einer Seite, auf der anderen im mangelnden Einsatz für den Aufbau einer Gesellschaft, in der Gläubige als solche nicht mehr vorkommen bzw. als Bürger zweiter Klasse gelten.“

Versuche einer Differenzierung

Was der *kubanischen Bischofskonferenz* vier Jahre später in direktem Kontakt mit der politischen Führung in ersten Ansätzen gelang, hatte der Theologe in eine praktische und in eine grundsätzliche christlich-ethische Forderung gefaßt: „Wir müssen nach christlichem Vorbild einen Prozeß der Versöhnung einleiten . . . das heißt nicht, daß wir so tun, als gäbe es keine Probleme, und die tatsächlichen Schwierigkeiten hinter einem glatten und unauffälligen Lächeln verbergen . . . denn es werden wesentliche Meinungsunterschiede bestehenbleiben. Aber wir müssen die Angst überwinden, die uns lähmt. Ist die Angst vor dem Kommunismus, die jedes Bemühen um Versöhnung abwürgt, wirklich christlich? Wir könnten unsere kommunistischen Brüder auch fragen, ob ihre Angst vor dem Dialog mit Christen eine echte revolutionäre Haltung ist.“ Das gegensätzliche Begriffspaar heiße nicht – so der Theologe – Kommunismus und Christentum, sondern Christentum und kommunistischer Atheismus, und solange eine kommunistische Partei die Religion vernichten wolle, könne man eben auch von der Unvereinbarkeit von Kommunismus und Christentum sprechen.

Diese marxistisch unorthodoxe, daher *riskante Differenzierung* ist die eigentliche Grundlage, auf der Kirche und Staat, auf staatlicher Seite am deutlichsten durch Fidel Castro selbst, eine Annäherung versuchen. Sie wird im kommunistischen Machtbereich wohl überhaupt nur dort vorgenommen und in ihren Konsequenzen ernsthaft erwogen, wo es historisch, kulturell naheliegt und machtpolitisch gelegen kommt bzw. unvermeidbar erscheint, wie das Beispiel Polen zeigt.

Im Fall Kuba sind die Gegebenheiten freilich so, daß der Kirche die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die *geringe Zahl praktizierender Katholiken* – schätzungsweise ein Prozent der Gesamtbevölkerung von rund zehn Millionen – und die unzureichende geistliche Führung wegen des chronischen Mangels an kirchlichem Personal sind der kubanischen Kirche Sorge und Last. Aber gerade ihre begrenzte gesellschaftliche Relevanz ist heute auch ihre Chance. Mit entsprechender Vorsicht und in bewußter Ausklammerung der ideologischen Grundlagen des politischen Systems formulierte der Erzbischof von Havanna, *Jaime Ortega*, kurz vor dem kubanischen Kirchenkongreß: „Hier in Kuba benutzt man das Wort Marxismus nicht oft. Der Begriff, der die Kubaner zusammenschweißt, ist die Revolution (der Sozialismus), und wenn wir daher von einem Dialog reden, dann meinen wir nicht den Dialog zwischen Marxisten und Christen, denn das könnte philosophische und theoretische Folgerungen nach europäischer Art miteinschließen. Es handelt sich um eine Regierung, die wir de facto haben und die in der Praxis einen großen modernen Wandel in unserer Gesellschaft bewirkt hat, der nun schon ein Vierteljahrhundert in der Geschichte Kubas anhält. Infolgedessen muß der Dialog stattfinden zwischen dieser Realität, die sich sozialistische Revolution nennt, und dieser Kir-

che, die Bestandteil dieses Volkes ist und die von derselben Basis her denkt – innerhalb eines Vorgangs, den wir ‚Überlegungen der kubanischen Kirche‘ genannt haben“ (Solidaridad Nr. 69, Santiago 1985).

Kirchenkongreß wurde zum Hoffnungszeichen

Die *Kirchenversammlung* selbst ist von den kubanischen Kirchenführern zu Recht als „kubanisches Puebla“ bezeichnet worden. Nach der bewährten CAJ-Methode „sehen, urteilen, handeln“ diskutierte der Kongreß (von den 181 Delegierten aus sieben Diözesen waren 110 Laien, 22 Ordensfrauen, 2 Brüder und 47 Bischöfe und Geistliche) das 180 Seiten umfassende, in den vergangenen Jahren erarbeitete Dokument, das nach Redigieren der mit großen Mehrheiten verabschiedeten Fassung von den Bischöfen herausgegeben werden soll. „Die ursprüngliche Idee war“, so heißt es einleitend in dem Dokument, „die kirchliche Wirklichkeit Kubas mit ihrem besonderen politischen sozio-ökonomischen Umfeld im Licht des Zweiten Vatikanums und der Bischofsversammlungen von Medellín und Puebla zu erörtern. In einem langen Reflexionsprozeß sind wir zu einer soliden Analyse der Vergangenheit und der Gegenwart unseres kirchlichen Lebens gelangt, die uns helfen soll, pastorale Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.“ Schon auf Pfarr- und Diözesanebene habe Übereinstimmung geherrscht, wie die kubanische Kirche der Zukunft aussehen müsse: „einfach, arm, zum Dienen bereit, offen für den Dialog in der Liebe, aktiv beteiligt am Leben des Volkes, uneigennützig und opferbereit“.

Was die Bischöfe, aber auch andere befragte Delegierte in den vergangenen Monaten an *positiven Urteilen* über die sozialen Errungenschaften des Regimes oder das sich wandelnde Verhältnis von Kirche und Staat fällten, ist einerseits so gemeint, andererseits aber auf dem Hintergrund der bedrückenden Lebenswirklichkeit in einem totalitären marxistischen Staat zu sehen: Von 800 Priestern und 2000 Ordensfrauen vor der Revolution waren nur 200 Geistliche und 200 Ordensfrauen geblieben. Der größte Teil verließ Kuba fluchtartig oder auf Geheiß der Ordensoberen, 130 Priester wurden von den neuen Machthabern ausgewiesen. Dieser Stand ist bis heute fast unverändert geblieben. Das nationale Priesterseminar zählt derzeit zwischen 30 und 40 Seminaristen.

Bewußt verzichtete die Kirchenversammlung auf Anklagen oder gar schrille Töne (Erzbischof Ortega: „Wir sind nicht hier versammelt, um zu verurteilen, sondern um zu heilen“), formulierte aber ihre Anliegen an die politische Führung unmißverständlich: Die Katholiken möchten, wie es in einem fast einstimmig gefaßten Beschluß heißt, ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft Kubas hinnehmen dürfen, sie seien zum Dialog und zur Zusammenarbeit bereit, wenn man sie nur lasse. Vor allem wünscht sich die Kirche mehr Möglichkeiten zur religiösen Erziehung der Jugend und den Zugang zu den Me-

dien. Bisher darf lediglich ein Informationsblatt in den Kirchen verteilt werden.

Den ausländischen Kongreßbeobachtern fiel – gerade im Hinblick auf die Schwesterkirche in Nicaragua – die *Einheit der kubanischen Kirche* auf. Die Überzeugung, daß patriotische Gesinnung und gesellschaftliches Engagement nicht auf Kosten des Glaubens und der Treue zur römischen Kirche gehen dürfen, wird allgemein in der Kirche geteilt, wenn auch die praktizierenden Katholiken der älteren Generation die Annäherung von Staat und Kirche mit größerer Skepsis beurteilen. Die Revolution hat die Kirche nicht zu spalten vermocht, nicht zuletzt deshalb, weil die Bischöfe sich bald auf eine machtlose, mittellose Kirche eingestellt hatten und unter der klugen Begleitung des früheren Nuntius *Cesare Zachi* den verbliebenen engen Spielraum nutzten. Erzbischof Zachi riet den Bischöfen und Priestern bereits in den sechziger Jahren, mit dem Volk zu leben und sein Schicksal zu teilen. So blieben Spaltungsversuche bis auf eine kurzlebige kleine Gruppe von Friedenspriestern ohne Erfolg.

Daß die Kirchenversammlung von Havanna unbehindert stattfinden konnte, ist zweifellos ein Hoffnungszeichen für die Kirche. Ob das Tabu Religion in Gesellschaft und Öffentlichkeit damit schon gebrochen ist, wird die Reaktion der politischen Führung auf die Bitten auch der ausländischen Kongreßbeobachter zeigen. Staatschef Fidel Castro traf zu getrennten Gesprächen mit dem Präsidenten des Päpstlichen Laienrates, Kardinal *Eduardo Pironio*, dem Sekretär des Lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM, Bischof *Dario Castrillón*, und dem Leiter der Adveniat-Geschäftsstelle, Weihbischof *Emil Stehle*, zusammen. Alle drei äußerten sich positiv über die Entwicklung des Staat-Kirche-Verhältnisses. Weihbischof Stehle sagte, in dem zweistündigen Gespräch mit Fidel Castro, der nur den Kirchenbeauftragten der Partei, *José Carneado*, hinzugezogen hatte, sei sehr offen über die wesentlichen Fragen der Kirche in Kuba geredet worden. Stehle warnte jedoch angesichts der personellen Schwäche der kubanischen Kirche und des in System und Verfassung fest verankerten Staatsatheismus vor übertriebenen Hoffnungen. Positives konkretes Ergebnis des Gesprächs: Der kubanischen Kirche soll in Zukunft ermöglicht werden, offiziell Hilfe aus der Bundesrepublik zu empfangen. Mit dem Besuch des Papstes ist laut Bischof Stehle in diesem Jahr kaum zu rechnen. Johannes Paul II. werde wohl nicht ein Land besuchen wollen, dessen Regierung seit 25 Jahren Missionaren die Einreise verweigert.

Wird Castro kirchenfreundlicher?

Die staatlichen Stellen sind der ausländischen Kirche mit *kleinen Gesten* entgegengekommen: 1986 dürfen drei Priester nach Kuba einreisen. Zum Schlußgottesdienst des Kongresses wurde der Einzug vom Platz der Kathe-

drale durch das Portal und die Übertragung per Lautsprecher nach draußen genehmigt; an der Schlußsitzung nahm Vizeaußenminister und Mitglied des Zentralkomitees der Partei, *Ricardo Alarcón*, teil; das staatliche Fernsehen strahlte einen Bericht über die „Madonna von Regla“, die Schutzpatronin des Hafens von Havanna, aus; die Presse berichtete über den Empfang der ausländischen Kirchenführer durch Regierungsvertreter am Flughafen und – wenn auch nur kurz – über den Kongreß selbst.

Das Regime hat nun aber im November vergangenen Jahres seinerseits den eingangs erwähnten Überraschungscoup gelandet: Das Buch „*Fidel und die Religion*“ (*Fidel y la Religión*, Havanna 1985) erreichte allein durch sein Erscheinen in Kuba, aber auch mit dem, was in seinen 379 Seiten zu lesen ist, beträchtliche Signalwirkung. Man kann die langen Ausführungen Fidel Castros ironisch angehen und als karibischen Redeschwall eines Altrevolutionärs abtun, man kann sie zum strategischen Konzept einer brüderlichen Allianz von Christen und Marxisten hochstilisieren oder sie als einen raffiniert durchdachten Umarmungsversuch mit Würgegriffcharakter für ganz Lateinamerika verstehen.

Lesenswert ist das Buch allemal, vorausgesetzt, man stört sich nicht an der engen Nachbarschaft von Kochrezepten, Berichten über Guerillakämpfe, Erinnerungen eines Kindes vom Lande und Jesuitenzöglings, ideologischen Reflexionen, persönlichen Bekenntnissen, Gedanken über Gott, die Welt (namentlich die Verschuldung der sog. Dritten Welt), historischen Ausflügen (am liebsten in die französische, selten in die bolschewistische Revolution) und mancherlei Wiederholung. Nach den beiden Treffen Castros mit den kubanischen Bischöfen am 8. September und 12. November 1985, den ersten Kontakten seit der Machtübernahme 1959, war offenbar die Zeit reif für eine positive Akzeptanz des Buches in der kubanischen Bevölkerung.

Bei der Bewertung der Interviewaussagen sollte man bedenken, daß Castro zwar der unbestrittene Führer des kubanischen Regimes ist, daß dessen feste Einbindung in die Partei und die totale (auch wirtschaftliche) Abhängigkeit von der Sowjetunion ihm aber wohl weniger politische Gestaltungsmöglichkeiten bieten, als er vorgibt und es seine nicht nur rhetorischen Talente vermuten lassen. Ein Thema, auf das der kubanische Präsident in seinen vier Gesprächen von insgesamt 23 Stunden Dauer (geführt im Mai 1985) immer wieder zurückkommt, ist das Schicksal seines Kontinents Lateinamerika – aus der Sicht des linken Revolutionärs, der straffe Ideologe bleibt im Hintergrund. Auch katholische Kirchenführer nehmen Castro ab, daß ihn die von Armut und Misere geprägten sozialen Verhältnisse auf dem Subkontinent beschäftigen. Der Sozialrevolutionär Castro, der die Schulden der hochverschuldeten Länder Lateinamerikas kurzerhand gestrichen sehen will (weil sie – wofür alles spricht – doch nicht zurückgezahlt werden können), ist

ein Praktiker, der – bewußte Verharmlösungen mitberücksichtigt – von Wirtschaftsfragen und vom Durchstehen einer Revolution mehr versteht als von marxistischer Doktrin.

Sympathien für die Theologie der Befreiung

Castros inzwischen mehrfach bekundete *Sympathie für die Theologie der Befreiung* ist verständlich, politisch-taktisch wie ideologisch betrachtet. Frei Betto, selbst Anhänger der Befreiungstheologie, befragt ihn ausführlich zu diesem Thema. Fidel Castro will erst die Bücher von *Leonardo Boff* und *Gustavo Gutiérrez* sowie die römischen Aussagen zur Befreiungstheologie lesen, die er sich hat besorgen lassen, und sagt lediglich: „Die große Bedeutung der Theologie der Befreiung liegt in ihren Auswirkungen auf die politischen Überzeugungen der Gläubigen. Und mehr noch: sie ist eine Wiederbegegnung des Christentums mit seinen frühchristlichen Wurzeln, mit seiner schönsten, anziehendsten, heroischsten und glorreichsten Zeit. Die gesamte lateinamerikanische Linke wird sie (die Theologie der Befreiung) als eines der wesentlichsten Ereignisse unserer Epoche werten müssen“ („*Fidel y la Religión*“, S. 291).

Castro, der sich mehrfach ausdrücklich als nicht gläubig bezeichnet („Ich kann sagen, ich habe [den Glauben] nie gehabt“, S. 18), scheut sich auch nicht aus der Distanz, die Christen, vor allem die katholische Kirche, zur Selbstkritik aufzurufen. Immer wieder zitiert er die Bibel, das Alte wie das Neue Testament. Er lobt die Option der lateinamerikanischen Kirche für die Armen und führt sie auf die Verheißungen der Bergpredigt zurück, von der er meint, Karl Marx „hätte sie unterschreiben können“. Überhaupt zieht er in dem spürbaren Bemühen, Ähnlichkeiten zwischen Christentum und Revolutionsgeschichte aufzudecken, unbekümmerte Parallelen wie die von der frühen Christenverfolgung zur Verfolgung der kommunistischen Bewegung, „die auch eine Martyrerlegion hat“ (S. 326). „Wer den Armen verrät, verrät Christus“, sagte er an anderer Stelle (S. 331).

Von Frei Betto ungefragt beteuert Fidel Castro: „Wir wünschen keine Spaltungen im Innern der Kirche. Wir möchten, daß die Kirche geeint ist und so die gerechten Forderungen ... Lateinamerikas unterstützt ... Es scheint mir nicht in Ordnung, von außen die Spaltung zu betreiben. Politisch gesehen, ist für sie wie für uns die Solidarität einer einigen Kirche mit den großen Sehnsüchten der Menschheit das Erstrebenswerteste“ (S. 308). Just das Thema Volkskirche und ihre Unterstützung durch bestimmte ideologische Kräfte wurde offenbar auch in den Gesprächen der Bischöfe Castrillón und Stehle mit Fidel Castro erörtert. Weihbischof Stehle: „Wenn Fidel Castro an der Lösung der sozialen Frage in Lateinamerika liegt, so weiß er auch, daß die Kirche ihre Kräfte nicht zersplittern lassen darf.“

In vielen Passagen der Interviews läßt Castro mehr implizit als ausdrücklich erkennen, daß seine christliche Erziehung in Elternhaus und Schule Spuren in seinem Welt- und Menschenbild hinterlassen hat. In seiner Widmung für Frei Betto schreibt der kubanische Staatschef: „Noch hat er es nicht erreicht, aber wenn mich einer zum Glauben bringt, dann ist es Frei Betto.“

Revolution ohne Religionsfreiheit nicht vollkommen

Nimmt man die zahlreichen Äußerungen Castros über sein politisches Leben, sein Verhältnis zur „Revolution“ hinzu, kann man zu dem Schluß gelangen, daß Fidel Castro eine Art gläubiger Revolutionär ist, wie sie unter Politikern seines Ranges vermutlich selten sind. Die Werte und Prinzipien der Revolution, wie er sie beschreibt, ähneln dem Dekalog, an einer Stelle zählt er sogar christliche Gebote als Kernsätze der Revolution auf (S. 258). Castro plädiert für den Menschen, gegen Dogmatismus, Manipulation und Sektiererei. Er gibt zu, daß die Revolution ein noch nicht vollendetes „Kunstwerk“ sei (S. 280). Der Staatsatheismus in Kuba sei keine „Religion“, sondern historische Notwendigkeit zur Sicherung der Revolution gegen konterrevolutionäre Elemente gewesen. Mit Nachdruck versichert Castro, die kubanische Revolution könne eben wegen ihres rigorosen „wenn auch damals gerechtfertigten“ Vorgehens gegen die Kirche kein Modell für Lateinamerika sein. Er hoffe auf eine strategische Allianz mit einer sozial engagierten Kirche. Langsam wird man in Kuba dahinterkommen, meint Castro, daß der christliche Glaube nicht schon an sich als ideologische Abweichung geahndet wird. Zum obligatorischen Atheismus als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei Kubas sagt Fidel Castro: „Unsere Revolution ist nicht vollkommen, solange einzelne aus religiösen Gründen diskriminiert werden, obwohl sie ihre sozialen Pflichten genauso gut erfüllen wie andere Mitbürger“ (S. 247). Frei Betto irri-

tierte den Parteichef darauf mit der Frage: „Das heißt also, daß der konfessionelle Charakter der Partei aufgegeben werden muß?“ Man brauche Zeit, antwortete Castro, die Frage in der Partei zu diskutieren. Bei der ersten Sitzungsperiode des dritten Parteikongresses im Februar ist in dieser Frage nichts geschehen. Der Kongreß tritt im Spätherbst erneut zusammen.

Das Problematischste an dem wortreichen Buch ist das, was unausgesprochen bleibt. Das Regime hat in den 26 Jahren seiner Herrschaft neben unzweifelhaften sozialen Errungenschaften die Bevölkerung, nicht nur die kleine Gruppe praktizierender Christen, in einen in vieler Hinsicht *reduzierten Lebensraum* gepreßt. In einen rigorosen Arbeitsrhythmus gezwungen, von einem Kontroll- und Spitzelsystem umgeben, ist der Kubaner von Staat und Partei in einem Ausmaß in Anspruch genommen, das auch die sprichwörtliche karibische Lebensfreude spürbar strapaziert. Fragen nach den Menschenrechten, den politischen Gefangenen in Kuba, finden sich in dem Interview-Band, der im Staatsverlag erschienen ist, nicht! Es gehöre zu den ethischen Grundsätzen der Revolution, daß in Kuba niemand gefoltert werde, und es sei auch in keinem Fall geschehen, sagt Castro. Gefängnisstrafen ja, Folter nein. Daß in Kuba nicht systematisch gefoltert wird, trifft vermutlich zu. Menschenquälerei, wie es sie in allen totalitären Regimen gibt, ist damit nicht ausgeschlossen. Die Angaben über die Zahl der *politischen Häftlinge* gehen auseinander; fest steht, es sind viele, vermutlich mehr als zehntausend, und sie verbüßen meist langjährige Haftstrafen.

Für die katholische Kirche war es ein Vierteljahrhundert mühsamen Ausharrens in einem gesellschaftlichen Klima, das das ohnehin flach wurzelnde geistlich-religiöse Leben auszutrocknen versuchte. Daß die kubanische Kirche von Rom gestützt Schritte auf das Regime zu wagt, das seinerseits – aus welchen Motiven auch immer – eine gewisse Annäherung an sie sucht, ist ein Fortschritt in dieser Region.

Gabriele Burchardt

Eine Mischung aus Gewehren und Rosenkränzen

Der Umbruch auf den Philippinen

Die Auswirkungen des politischen Umbruchs auf den Philippinen, der Ablösung des Marcos-Regimes, die zur Übernahme der Regierung durch die Opposition geführt haben, sind noch nicht zu überblicken. Wir beschränken uns hier auf die Darstellung der wesentlichen politischen Ereignisse, die zum Umbruch geführt haben, und auf die Situation, wie sie unmittelbar nach der Regierungsübernahme durch Corazon Aquino sich darstellt. Einen Bericht über die Kirche auf den Philippinen, die unter der Führung ihrer Bischöfe Motor

des Umbruchs war, werden wir in einem späteren Heft veröffentlichen.

Als Ferdinand Marcos 1965 zum Präsidenten der Philippinen gewählt worden war, erwartete man *durchgreifende soziale und wirtschaftliche Reformen* im Rahmen des von ihm propagierten „demokratischen Obrigkeitsstaates“. Bald zeigte sich jedoch, daß er die auf ihn gesetzten Hoffnungen kaum würde erfüllen können. Bereits Ende